

Wir über uns



Florian Krekel. Foto: Rake Hora

Als Nachrichtenkoordinator und inhaltlich Verantwortlicher des Badischen Tagblatts ist Florian Krekel zusammen mit seinen Kollegen der Nachrichtenredaktion maßgeblich mit der Auswahl der Geschichten, Nachrichten und Inhalte für den sogenannten Mantelteil befasst. Dieser beinhaltet mehrere Ressorts, angefangen von den „Bunten Seiten“ über Politik bis hin zur Wirtschaft. Als Leiter der Nachrichtenredaktion hat er dabei auch organisatorische Aufgaben und kümmert sich an den meisten Tagen (immer dann, wenn es der Büroalltag zulässt) um die Texte und Inhalte der Titelseite des Badischen Tagblatts, das seit Mai 2021 mit den Badischen Neuesten Nachrichten eine redaktionelle Einheit bildet.

Angefangen hat das alles aber wesentlich ruhiger und wo ganz anders. Schon früh gab es für den Ortenauer mit Wurzeln an Ruhr und Neckar nur eine Richtung: Bereits als jugendlicher jobbte Florian Krekel für die Zeitung und war in weiten Teilen Mittelbadens unterwegs. Angefangen beim berühmten Hasenzüchterverein (der übrigens gar nicht so langweilig ist, wie gemeinhin behauptet wird) bis hin zum internationalen Kirchentreffen. Oberstes Ziel war und ist für ihn stets: Geschichten rüberbringen, Einblick und Information geben. Nach einem kurzen Schlenker samt Praktikum bei einer großen Zeitung während des Studiums führte der Weg für Krekel dann 2014 zum Badischen Tagblatt. Nach dem Volontariat ging es über die Station der Lokalredaktion Baden-Baden und einem Intermezzo in der Onlineredaktion in die Nachrichtenredaktion des BT.

◆ Das Badische Tagblatt stellt in der Serie „Wir über uns“ Mitglieder seines Korrespondenten-Netzwerks oder seiner Redaktion vor.

Sea Life Konstanz eröffnet wieder

Konstanz (lsw) – Nach neunmonatiger Bauphase öffnet das Sea Life in Konstanz an diesem Mittwoch wieder. Das Großaquarium wurde saniert und zum Teil neu gestaltet, wie die Verantwortlichen mitteilen. Eingezogen seien etwa ein neues Entdeckerbecken und die Themenwelt „Meer bei Nacht“. Zu sehen seien farbenfrohe Korallen, Rochen, Haie und viele andere Riffbewohner.

Mann ersticht Freundin

Freiburg (lsw) – Ein 47 Jahre alter Mann hat in Au (Breisgau-Hochschwarzwald) seine 46 Jahre alte Lebensgefährtin erstochen. Wie die Polizei berichtete, geschah die Tat am vergangenen Samstag nach einem Streit: Der Mann griff demnach die Frau auf der Terrasse ihrer Wohnung an und stach mehrfach auf sie ein.

„Laberrunde“ oder „fundierte Debatte“?

Seit Jahren schwelt der Streit um die Dauer des Gymnasiums / Nun sollen ausgewählte Bürger debattieren

Von David Nau

Stuttgart – Seit Jahren wird in Baden-Württemberg debattiert, ob Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Gymnasien acht (G8) oder neun Jahre (G9) lernen sollen. Zuletzt waren die Stimmen für eine Rückkehr zu G9 immer lauter geworden, eine Elterninitiative setzte mit einem Volksantrag die Landesregierung zusätzlich unter Handlungsdruck. Nun sollen zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger über die Frage diskutieren und eine Empfehlung vorlegen.

● Worum geht es genau?

Seit 2013 ist in Baden-Württemberg das achtjährige Gymnasium der Standard an den allgemeinbildenden Schulen. Über eine Rückkehr zu G9 wird seit langem diskutiert und gestritten. Grün-Schwarz hat aber im Koalitionsvertrag vereinbart, keine Strukturdebatten führen zu wollen. Nun wurde der Druck offenbar zu groß und eine Bürgerbeteiligung soll den Streit entschärfen. Man habe sich innerhalb der Koalition darauf geeinigt, diese Frage in einem Bürgerforum beraten zu lassen – mit offenem Ergebnis, teilte Ministerpräsident Winfried Kretschmann am Dienstag in Stuttgart mit.

● Warum jetzt die Bürgerbeteiligung?

Kretschmann erhofft sich davon eine „breite und fundierte Debatte, die ganzheitlicher ge-

führt wird, als das bisher der Fall ist“. Die Landesregierung steht bei diesem Thema auch wegen eines Volksantrags unter Handlungsdruck. Eine Elterninitiative will damit die Rückkehr zu G9 erreichen und sammelt seit November Unterschriften, damit über den Gesetzentwurf im Landtag beraten wird. Die Initiative teilte am Dienstag mit, inzwischen bereits 20.000 der rund 39.000 notwendigen Unterschriften gesammelt zu haben – und will auch trotz der Bürgerbeteiligung mit „unvermindertem Einsatz“ weitermachen, sagte eine der Initiatorinnen.

● Wie soll die Bürgerbeteiligung ablaufen?

40 bis 60 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger sollen nach den Sommerferien in dem Bürgerforum über die Zukunft der Gymnasien im Land debattieren. Dabei sein sollen nicht nur Bürgerinnen und Bürger mit Abitur, sondern auch solche mit anderen Schulabschlüssen. Sie sollen in einer Anhörung zunächst mit Experten, Verbänden und Betroffenen sprechen und dann eine Empfehlung abgeben. Worum genau debattiert werden soll, gebe die Landesregierung vor, sagte Kretschmann.

● Wer entscheidet am Ende?

Das Bürgerforum soll gemeinsame Empfehlungen erarbeiten. Von den Ergebnissen will sich Kretschmann aber nicht unter Druck setzen lassen. „Wir dürfen nicht den An-



G9 oder G8: Was ist besser für die Schüler? Darüber soll ein Bürgerforum diskutieren. Foto: Franziska Kraufmann/dpa

schein aufkommen lassen, dass dialogische Bürgerbeteiligung heißt, dass das die verfassungsmäßigen Organe unter Zwang setzt“, sagte er. Die Entscheidungsorgane seien das Parlament und die Regierung. „So ist das in einer repräsentativen Demokratie. Die Bürger beraten – nicht mehr und nicht weniger“, sagte Kretschmann.

● Wer ist für die Rückkehr zu G9?

Nur mit G9 könne man die Herausforderungen der Zukunft auch an den Schulen be-

handeln, argumentieren die Gymnasiallehrerinnen und -lehrer. „Zusätzliche Stunden, die zentral sind, um Schülerinnen und Schüler auf die Gesellschaft der Zukunft vorzubereiten, sind nur mit G9 möglich“, sagte Ralf Scholl, Vorsitzender des Philologenverbands. Es brauche mehr Informatikunterricht und wegen des abgesenkten Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunal- und Landtagswahlen auch mehr Zeit für Gemeinschaftskunde in der Mittelstufe. Zudem fehle seit der Einführung von G8 die

Zeit für Sportvereine, Musikvereine oder ein Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr.

Auch die CDU signalisiert Offenheit für eine Reform. Tiefgreifende Veränderungen in der Bildung müssten sorgfältig abgewogen werden, sagte Fraktionschef Manuel Hagel. „Dabei ist Politik immer gut beraten, nicht stur an einmal getroffenen Entscheidungen festzuhalten, sondern sich immer auch selbst zu hinterfragen.“ Die Opposition ist geschlossen für G9 und kritisierte die Bürgerbeteiligung. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Stefan Fulst-Blei, sprach von einem „Feigenblatt“. Es brauche keine Diskussionsrunden, sondern Entscheidungen. FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke forderte ebenfalls eine schnelle Rückkehr zu G9. Man brauche dafür keine „langwierigen Laberrunden“. Die AfD sprach von einer „Nebelkerze“.

● Wer ist gegen die Rückkehr zu G9?

Kretschmann warnt seit langem vor einer Rückkehr zu G9 und sprach sich erneut dagegen aus. „Meine Haltung in der Frage hat sich nicht geändert“, sagte er. Kultusministerin Theresia Schopper (Grüne) begrüßte das Beteiligungsverfahren, betonte aber auch, dass sie andere Probleme für drängender halte: „Die großen Herausforderungen in unserem Bildungssystem liegen im vorschulischen und im Grundschulbereich.“

Bundesverwaltungsgericht kippt Freiburgs Anwohnerparkgebühren

Urteil gilt als wegweisend für andere Kommunen

Leipzig/Freiburg (dpa) – Seit anderthalb Jahren kostet ein Anwohnerparkausweis für ein durchschnittliches Auto in Freiburg 360 Euro. Rund ein Euro pro Tag – das klingt nicht viel. Doch weil für das Anwohnerparken bis zum Jahr 2021 nur 30 Euro fällig waren, hatte ein FDP-Stadtrat gegen die kräftige Erhöhung geklagt. Vor dem Bundesverwaltungsgericht setzte er sich am Dienstag durch. Das Gericht in Leipzig erklärte die Freiburger Gebührensatzung für unwirksam (Az.: BVerwG 9 CN 2.22). Das Urteil gilt als Signal für andere Kommunen, die sich mit dem Thema Bewohnerparken beschäftigen.

Das Bundesverwaltungsgericht sah drei Gründe für die Unwirksamkeit: Erstens hätte die Stadt anstelle einer Satzung eine Rechtsverordnung erlassen müssen. Nur dazu ermächtigt das Straßenverkehrsgesetz des Bundes. Zweitens stufte das Gericht verschiedene in dem Regelwerk enthaltene Ermäßigungen als unzulässig ein.

Drittens seien die Gebührensprünge, die für unterschiedlich lange Fahrzeuge vorgesehen waren, zu groß. „Im Extremfall kann ein Längenunterschied von 50 Zentimetern zu einer Verdoppelung der Gebühren führen“, sagte die Vorsitzende Richterin Ulrike Bick. Das sei ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz.

Gegen die grundsätzliche Höhe der Gebühren von 360 Euro pro Jahr hatten die Bundesverwaltungsrichter allerdings keine Bedenken. Sie stünden nicht in einem völligen Missverhältnis zu den



Für den Parkausweis müssen Anwohner deutlich mehr Geld berappen als zuvor. Gegen die grundsätzliche Höhe hatte das Gericht keine Bedenken. Foto: Philipp von Dittfurth/dpa

Zwecken, die mit der Erhebung der Gebühren verfolgt würden. Dazu zähle neben der Deckung der Verwaltungskosten auch der Ausgleich des Vorteils, den die Inhaberin oder der Inhaber eines Bewohnerparkausweises habe. Anwohner dürfen ihr Auto auf der Straße abstellen, ohne ein deutlich teureres Parkticket ziehen oder für einen Platz im Parkhaus zahlen zu müssen.

Der Kläger Sascha Fiek äußerte sich „für den Moment“ erfreut über das Urteil. Es sei ein wichtiges Signal an die Kommunen, die nun Rechtssicherheit hätten. In Freiburg müsse man nun aushandeln, wie eine neue Rechtsverordnung zu den Anwohnerparkgebühren aussehen können.

Freiburgs Oberbürgermeister Martin Horn (parteilos) zeigte sich von der Entscheidung überrascht. „Wir bedauern das Urteil, weil es die Handlungsoptionen der Kommunen deutlich einschränkt“, teilte er am Dienstagabend mit.

Beim Anwohnerparken hatte es vor drei Jahren eine entscheidende Neuausrichtung gegeben. Bundestag und Bundesrat kippten eine bis dahin geltende bundesweite Obergrenze von 30,70 Euro pro Jahr. Seitdem können Länder und Kommunen die Gebühren für städtische Quartiere mit erheblichem Parkraumangel regeln. Das Bundesverwaltungsgericht hat nun für Klarheit gesorgt, in welcher Form das geschehen muss.

Polizist sagt unter Tränen aus

Illerkirchberg-Prozess bringt weitere Details

Ulm (dpa) – Mit weiteren Details rund um den Messerangriff auf zwei Schülerinnen in Illerkirchberg ist der Mordprozess gegen einen 27-Jährigen vor dem Landgericht Ulm fortgesetzt worden. Weder zu seiner Person noch zur Tat im Dezember machte der mutmaßliche Täter am Dienstag Angaben. Die Staatsanwaltschaft wirft dem als Asylbewerber nach Deutschland eingereisten Mann Mord und versuchten Mord mit gefährlicher Körperverletzung vor. Beim Prozessauftakt Anfang Juni war lediglich die Anklage verlesen worden. Am zweiten Prozesstag hatte der beschuldigte Eritreer erstmals die Möglichkeit, sich zu äußern.

Zahlreiche Zeugen sagten am zweiten Prozesstag aus. Ein Polizist, der zu den ersten Einsatzkräften gehört hatte, schilderte unter Tränen seine Erinnerungen. Ein Mädchen sei gerade unter Reanimationsmaßnahmen in den Rettungswagen geschoben worden, als er am Tatort in der Gemeinde bei Ulm ankam. Mit der 13-Jährigen, die den Angriff überlebt hatte, habe er vor Ort gesprochen. „Sie war sehr taff“, sagte der Beamte, der mit den Tränen rang.

Ein psychiatrischer Sachverständiger gab mit seinen Schilderungen einen Einblick in das Innenleben des Angeklagten. Wie auch ein Polizist sagte er aus, dass der Angeklagte davon überzeugt gewesen sei, dass das Landratsamt des Alb-Donau-Kreises sein Leben zerstört habe. Dem Sachverständigen zufolge habe der 27-Jährige am Tattag beschlossen, den für ihn zuständigen Sachbearbeiter

beim Landratsamt mit einem Messer zu verletzen.

Nach Angaben der Ermittlungsbehörden wollte der Mann die Ausstellung eines Reisepasses erzwingen, um in Äthiopien eine Frau zu heiraten. Dass er keine Frau hat, habe der Angeklagte dem Sachverständigen als „großes Problem“ in seinem Leben geschildert. Er habe von Bekannten gehört, dass sie nach Äthiopien gereist seien, dort geheiratet hätten und mit einer Ehefrau zurückgekommen seien. Das habe er auch gewollt.

In einem ersten Gespräch habe sich der Angeklagte nicht daran erinnern können, dass er zwei Mädchen angegriffen hatte, schilderte der Sachverständige weiter. Inzwischen sei das aber der Fall. Seine Absicht sei nicht gewesen, jemanden zu töten, habe er gesagt. Gleichwohl habe der Angeklagte im Landratsamt schon einmal angedroht, dass er jemanden mit einem Messer schlagen wolle.

Als der 27-Jährige seine Unterkunft verlassen habe, habe er das Messer umgepackt. Er sei davon ausgegangen, dass die Freundinnen das gesehen hätten. Mit dem Angriff habe er verhindern wollen, dass sie die Polizei verständigen und seinen Plan so durchkreuzen. Der Polizist, der mit der 13-Jährigen gesprochen hatte, sagte vor Gericht: „Die beiden haben gar kein Messer oder so etwas gesehen.“ Nach der Tat verletzte sich der Angeklagte Ermittlungsbehörden zufolge in Selbsttötungsabsicht selbst.

Der Prozess wird am kommenden Dienstag fortgesetzt. Erwartet werden Aussagen von Ärzten und Ermittlern.

„Große Sehnsucht, durch Musik zur Ruhe zu kommen“

Christoph Müller, Leiter des Gstaad Menuhin Festival, über Nachhaltigkeit in der Kultur und die Zusammenarbeit mit dem Festspielhaus

Seit über 20 Jahren leitet Christoph Müller das Gstaad Menuhin Festival & Academy. Dort widmet er sich nun intensiv dem Thema Nachhaltigkeit. Im Interview spricht der Festivalleiter über neue Herausforderungen für Kulturveranstalter, die Reihe „Music for the Planet“ und die Zusammenarbeit mit dem Festspielhaus Baden-Baden.

Interview

Herr Müller, normalerweise ist ein Musikfestival im Sommer dazu da, Besucherinnen und Besuchern besondere Musikerlebnisse zu beschaffen. Das diesjährige Motto „Demut“ klingt aber nicht nach Genuss.

Müller: Demut ist für mich kein negativer Begriff. Sprachhistorisch gesehen bedeutet er „Mut zum Dienen“, was mit positiven Assoziationen einhergeht. Es geht uns darum, den Zeitgeist aufzugreifen. Wir leben in einer anderen Welt als vor einigen Jahren. Wir spüren immer stärker die Folgen des Klimawandels, die Coronapandemie hat uns bis in die Grundfesten erschüttert, der Krieg Russlands gegen die Ukraine stellt Europa auf eine echte Probe. Es war uns klar, dass wir als Kulturveranstalter nicht weitermachen können wie bisher mit unseren Städteschwerpunkten, die wir in den Festivalausgaben 2018 bis 2022 ins Zentrum stellten. Wir möchten den Zustand der Welt aufnehmen und reflektieren. „Wandel“ heißt unser übergeordnetes Thema der nächsten drei Jahre.

Demut vor der Natur ist ein wichtiger Punkt für Sie. Sie haben den ganzen Festivalbetrieb durch eine Klimaagentur untersuchen lassen. Was kam dabei heraus?

Müller: Wir haben uns zum Ziel gesetzt, in unserem Betrieb nachhaltiger und CO₂-ärmer zu werden. Die größten CO₂-Treiber bei einem Musikfestival in einem dezentralen Ort wie Gstaad sind die Anreisen der Künstler und des Publikums. Bei den Künstlern verhandeln wir inzwischen das Thema Anreise wie die Gagen, die Hotelübernachtung und das Programm. Wir versuchen zu erreichen, dass sie klimaneutral oder zumindest klimaschonend anreisen. Das wirkt sich letztendlich auch auf die Auswahl der Orchester, Chöre und auch Einzelkünstlerinnen und -künstler aus.

Haben Sie nicht die Angst, an musikalischer Qualität und internationaler Ausstrahlung zu verlieren, wenn die Anreise zum Auswahlkriterium wird?

Müller: Über allem steht die Exzellenz bei unseren rund 60 Veranstaltungen. Aber die beiden Ansprüche schließen sich in keiner Weise aus. Wir können einzelne Flugreisen von Orchestern oder Künstlerinnen und Künstlern nicht verhindern. Aber beispielsweise wird das Orchester Philharmonique de Radio France aus Paris mit dem Zug anreisen. Und auch andere Klangkörper wie der Chor des Bayerischen Rundfunks aus München oder die Gaechinger Cantorey aus Gaechingen kommen mit der Bahn.



Reflexion des Zustands der Welt: Leiter Christoph Müller stellt das Thema Nachhaltigkeit ins Zentrum des diesjährigen Gstaad Menuhin Festival & Academy. Foto: PR-Foto Festival Gstaad

Die Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit äußern sich auch programmatisch, unter anderem durch die von der Geigerin Patricia Kopatchinskaja betreute Reihe „Music for the Planet“. Was kann man sich darunter vorstellen?

Müller: In diesen drei Konzerten, die Patricia konzipiert hat, möchte sie schonungslos aufzeigen, dass die Natur in Gefahr ist. Es geht ihr darum, durch Musik die Menschen emotional für die Thematik des dramatisch beschleunigten Klimawandels zu sensibilisieren. Sie nimmt beispielsweise ein Meisterwerk wie Ludwig van Beethovens „Pastorale“ – und kreiert dazu eine Geschichte mit einer klaren Botschaft.

Sie greift also in das Werk ein?

Müller: Genau. Es werden bei diesem „Les Adieux“ genannten Projekt neben anderen Kompositionen von Robert Schumann und Dmitri Schostakowitsch nur Ausschnitte der „Pastorale“ gespielt, die mit Videoprojektionen und Texten in Beziehung gesetzt werden. Zu Franz Schuberts „Forellenquintett“ hat sie selbst ein Melodram geschrieben, das auf die katastrophale Situation der Inuit hinweist, die von der Erderwärmung unmittelbar betroffen sind. Schließlich kombiniert Patricia mit der Camerata Bern Joseph Haydns „Die sieben letzten Worte unseres Erlösers am Kreuz“ mit einer audiovisuellen Performance.

Das Festival beginnt am 14. Juli mit der h-Moll-Messe von Johann Sebastian Bach – ein ungewöhnliches Werk für eine Festivaleröffnung.

Müller: Die h-Moll-Messe ist ein Statement zum Festivalbeginn, weil sie die Themen „Demut & Glaube“ sowie „Demut & Vorbilder“ verbindet. Bach ist bei beiden Schwerpunkten Dreh- und Angelpunkt.

Im großen Festivalzelt Gstaad ist auch eine halbszenische „Tosca“ mit Sonya Yoncheva in der Titelpartie zu hören, die am 27. August ins Festspielhaus Baden-Baden kommt. Wie kam es zu dieser Zusammenarbeit?

Müller: Ich versuche grundsätzlich, bei besonders aufwen-

digen und teuren Projekten Partner für Kooperationen zu finden. Beim Festspielhaus Baden-Baden hat die „Tosca“ gut in die Jahresplanung gepasst, weil das Haus damit nach der Sommerpause die neue Saison eröffnen kann.

Was heißt in diesem Fall halbszenisch?

Müller: Die Solisten singen auswendig. Und es wird eine Art Inszenierung geben, die sich Erwin Schrott, der den Scarpia singt, ausgedacht hat. Es braucht wenig, um von einer rein statischen konzertanten Aufführung wegzukommen und das dramatische Geschehen lebendig zu transportieren.

Geht die Zusammenarbeit mit Baden-Baden weiter?

Müller: Wir sprechen über weitere Projekte, weil die Zusammenarbeit für beide Seiten attraktiv ist. Ich hoffe sehr, dass das auch in den kommenden Jahren klappt.

Haben Sie das Gefühl, dass das Publikum, für das Sie das Festival machen, diesen Wandel mitgehen möchte?

Müller: Ich denke, unser Publikum wird das Konzept gut annehmen. Und ich glaube, es gibt in diesen unsicheren Zeiten eine große Sehnsucht, durch Musik zur Ruhe zu kommen und zum Nachdenken angeregt zu werden.

Service: Das Gstaad Menuhin Festival & Academy findet vom 14. Juli bis zum 2. September statt.

Das Gespräch führte Georg Rudiger.

Als der Türkenlouis „noch nix von heyratten hören“ wollte

Münchener Historikerin entdeckt in Tschechien 479 Originalbriefe der Großmutter des berühmten Markgrafen / Vortrag in Karlsruhe

Von Ulrich Philipp

Durch Zufall entdeckte die Münchener Historikerin Hertha Schwarz im Jahr 2020 bei ihren Recherchen im Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien ein historisches Dokument, das Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden (1655-1707) – besser bekannt als Türkenlouis – unterzeichnet hatte. Der Kaiserliche Feldmarschall widerrief in dem Schreiben ein Eheversprechen, das er Amalie von Löwenstein-Wertheim-Rochefort, einer engen Verwandten, gegeben hatte.

„Ich war regelrecht elektrisiert“ erklärt Schwarz im Gespräch mit dieser Redaktion,

denn in der Forschung war dieser Vorgang bislang nicht publiziert. Auf der Suche nach weiteren Informationen dazu wurde sie im Staatlichen Gebietsarchiv Leitmeritz (Litomerice) in Tschechien fündig.

Der dortige Archivar schickte Schwarz auf ihre Anfrage hin ein Foto mit 479 Originalbriefen der Markgräfin Maria Magdalena von Baden (1619-1688), der zweiten Ehefrau von Markgraf Wilhelm, dem Vater von Markgraf Ferdinand Maximilian (1625-1669) und Großvater Ludwig Wilhelms, des späteren Türkenlouis. Maria Magdalena pflegte über Jahre engen Kontakt mit ihrer Schwester Margaretha Anna,

der Gräfin von Thun-Hohenstein, die als Witwe in Prag lebte.

Die Briefe der Schwestern sollten sich für Schwarz bald als wertvolle historische Quelle erweisen. „Maria Magdalena war eine sehr gute Beobachterin“ berichtet sie. Durch das eingehende Studium der Korrespondenz „entstand langsam ein Bild der markgräflichen Familie im 17. Jahrhundert“ so die Historikerin. Sie beschloss, eine noch fehlende wissenschaftliche Biografie über den Türkenlouis zu verfassen. Erste Ergebnisse stellt sie nun am 16. Juni im Generallandesarchiv in Karlsruhe (Nördliche Hildapromenade 3, Beginn 19 Uhr) erstmals vor. Der Titel ihres Vortrags lautet: „...es nem in, wer der will... – von den Schwierigkeiten, die richtige Frau für Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden zu finden“, nach einem Zitat Maria Magdalenas in einem Brief vom 31. Oktober 1678.

Darin zählt die Fürstin potenzielle Hochzeitskandidatinnen auf, während Ludwig Wilhelm aber, wie es seine Großmutter formulierte „noch nix von heyratten hören“ wollte.

Baden war damals ein Zentrum des süddeutschen Adels, „es gab regelmäßige Veranstaltungen wie zum Beispiel die Hirschjagd in Ettlingen“ führt Schwarz aus. In den Briefen ist dabei mehrfach die Rede von Adelshäusern, die Beobachter ans Neue Schloss in Baden-Baden entsandten und sich wegen einer Heirat an die markgräfliche Familie wandten. „Markgraf von Baden – das war eine Hausnummer“

betont Schwarz und verweist auf das hohe Ansehen, das die Badener Linie bei Kaiser und Papst genoss. Schon früh versuchten Fürsten mit Töchtern im heiratsfähigen Alter mit Ludwig Wilhelm eine „Heiratsallianz“ zu schmieden.

Späte Rache einer Zurückgewiesenen

Doch der hatte längst seine eigene Wahl getroffen und Amalie von Löwenstein-Wertheim-Rochefort die Ehe versprochen. Während sich die Beziehung der beiden, die auf gegenseitiger Zuneigung beruhte, zu entwickeln begann, bemühte sich unter anderem auch Pfalzgraf Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg und Herzog von Jülich-Berg um den badischen Erbprinzen. Dieser sollte unbedingt seine älteste Tochter Eleonore Magdalena ehelichen, ein Ansinnen, das im Hause Baden durchaus auf Interesse stieß. So wurde Ludwig Wilhelm im Jahr 1673 nach Köln geschickt, um sie kennenzulernen. „Doch Eleonore Magdalena hatte keine Chance, sie gefiel dem Ludwig Wilhelm gar nicht“ erklärte Schwarz. Zu Hause ließ er verlauten, Eleonore sei ihm „zu groß, zu dick und zu rothaarig“.

In den folgenden Jahren widerstand Ludwig Wilhelm erfolgreich jedem Druck zu heiraten und gab keiner Frau das Ja-Wort, weder Eleonore Magdalena noch einer anderen. Eleonore war durch die Zurückweisung offensichtlich sehr gekränkt, später sollte sie



Die Historikerin Hertha Schwarz erforscht das Leben von Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden. Foto: Ulrich Philipp

sich als durchaus nachtragend erweisen. Kaiser Leopold I. hatte sie nach dem Tod seiner ersten Gemahlin im Jahr 1676 geheiratet und damit auch zu einer mächtigen Frau gemacht.

Im Jahr 1690 begegnete der inzwischen 35-Jährige in Schlackenwert dann erstmals seiner späteren Ehefrau Sibylla Augusta. Zwischen der 14-Jährigen und ihrer drei Jahre älteren Schwester Franziska Anna Maria sollte er sich entscheiden, wohl auch aufgrund der finanziell schwierigen Situation in Baden, das durch den Pfälzischen Erbfolgekrieg buchstäblich abgebrannt war. Aus der Verbindung gingen insgesamt neun Kinder hervor, bevor der Türkenlouis im Jahr 1707, im Alter von 52 Jahren, vermutlich an Krebs starb.



Das Eheversprechen mit ihr hat der Türkenlouis widerrufen: Amalie von Löwenstein (links), hier mit ihrer Schwester Ernestine Barbara Dorothea. Foto: Hertha Schwarz